

**Erscheint**  
wöchentlich einmal  
in  
**Zürich (Schweiz)**  
Verlag  
H. Dörner, Gottlingen-Zürich  
Mattenstr. 2.  
Preiskundungen  
franco gegen franco  
Wendeltliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

**Abonnements**  
werden nur beim Verlag und  
bei den bekannten Agenten ent-  
gegengenommen und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Vierteljahrspreise von:  
Fr. 2.— für die Schweiz (Schweizer)  
Fr. 3.— für Deutschland (Gauver)  
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gauver)  
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder  
Weltweitvertrieb (Kruppbank).  
**Inserate**  
Die bezugsbare Zeitzeile  
25 Glt. — 20 Pfg.

**N. 6.**

**Donnerstag, 2. Februar.**

**1882.**

**Lesen an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.**

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich vertrieben ist, bezugnehmend, und die dortigen Behörden sich als Mähe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und umgekehrt möglichst unerschwerlich zu befördern, so ist die kürzeste Beschriftung im Postvertrage notwendig und darf keine Rücksichtnahme darauf sein, die Briefmarken über dem wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schädigen. Hauptverpflichtung ist hierzu einzusetzen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. seinen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unerschwerliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt, anderseits an uns, daß auch möglichst unerschwerlich Zustellungsstellen mitgeteilt werden. In zweifelsfällen bitten wir möglichst die besagte kürzeste Beschriftung Befolgsamkeit. Soweit es uns liegt, werden wir gewiß weder Mähe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

### Unsere auswärtigen Abonnenten.

Filialen, Vertrauensleuten u. legen wir aus Herz, Abrechnung und Abonnementserneuerungen, soweit noch nicht erfolgt, ungesäumt zu bewirken, ebenso wollen alle Abonnenten an unsere Vertrauensleute unbedingt während des ersten Monats im Quartal Zahlung leisten, damit keine Unterbrechung in der Lieferung eintreten muß.  
Unsere Vertrauensadressen sind bekannt.  
Alle Lieferungen erfolgen nur auf Gefahr der Besteller.  
Briefmarken aller Länder werden für voll angenommen. Größere Beträge in Papiergeld oder Post-Einzahlung.  
Da viele auswärtige Besteller, besonders in Deutschland, sowie in Oesterreich, ihre Briefe immer wieder ungenügend frankieren, wodurch uns erhebliche Verluste durch Strafporto entstehen, so bemerken wir hiermit wiederholt:  
Einfache Briefe (bis zu 15 Grammm) nach der Schweiz kosten:  
aus Deutschland (und dem übrigen Ausland) . . . 20 Pfg.  
aus Oesterreich-Ungarn . . . 10 Kr.  
Bei schwereren Briefen kosten immer  
je 15 Grammm weitere 20 Pfg., bezw. 10 Kr.  
Die Genossen wollen hierauf in Zukunft auch so mehr achten, als wir ungenügend frankierten Sendungen in der Regel die Annahme verweigern müssen.

### Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

### Nieder mit den Königen, es lebe die Republik!

Wenn die Schreibweise des „Sozialdemokrat“ selbst einigen Genossen in Deutschland eine gelinde Gänsehaut verursacht, so ist das eigentlich recht erklärlich. Schon vor dem Ausnahmegesetz war die Praxis der deutschen Gerichte die Handhabung der famosen Preß- und Traßgesetze des „heiligen preussischen Reiches deutscher Nation“ die Leute daran gewöhnt, nur durch Umschreibungen ihre Gedanken auszudrücken, die Sprache und das geschriebene Wort dazu zu benutzen, ihre Gedanken nicht gerade zu verbergen, aber doch nur errathen zu lassen. Seit aber gar das Sozialistengesetz in Kraft getreten und die sozialistische Presse von der Bildfläche verschwunden ist, seitdem der Deutsche fast nur die Wahl hat zwischen der liberalen Presse und ihrer Loyalitätsheuchelei und der auf Alles, was nicht Bismarckisch ist, losgerissenen Regierungsmiene, da ist nun bei Verschiedenen vollends das Verständniß für die lächerliche Sprache eines wirklichen Oppositionsblattes in die Brüche gerathen. Diese guten Leute sind so daran gewöhnt worden, bei allem, was sie thun und lassen, an Staatsanwälte und Polizei zu denken, daß sie, ohne es zu wissen, selbst angefangen haben, mit dem Auge des Staatsanwalts zu sehen. Der Tadel ist ihnen in Fleisch und Blut übergegangen. Es ist eine Krankheit, an der sie leiden, und die wir am Besten mit Staatsanwaltsomanie bezeichnen.

Das beste Heilmittel gegen diese, dem deutschen Volke ganz besonders gefährliche Seuche ist nach unserer Ansicht, den Erkrankten und im Erkrankten Begriffenen zu zeigen, daß das, was ihnen so unerträglich klingt, nur im heutigen Preußen-Deutschland unerträglich ist. Es gilt, ihnen zu zeigen, wie man früher bei uns schrieb, und wie man heute noch in andern Ländern schreibt, um sie so wieder an eine kräftige, rücksichtslose Sprache zu gewöhnen.

Nehmen wir für den Anfang ein Beispiel aus unserem eigenen Vaterlande.

Am 8. Juni 1850, also zu einer Zeit, wo in Preußen schon die Nationalversammlung auseinandergeprengt, eine Verfassung, wie sie dem Könige paßte, aufkotropt und die aufkotroptete Verfassung bereits lastritt worden war, schrieb anlässlich der gewaltsamen Aushhebung der sächsischen Verfassung Hermann Heine rich Becker in der „Westdeutschen Zeitung“:

„Daß ein Constitutionen beseitigt ist, geht uns wenig an. Wir kennen die Verfüße gottbegnadeter Unterthanen nur zu gut, als daß wir uns über einen solchen Streich mehr oder weniger im Schandbuch der deutschen Nation wundern sollten. — Die Constitutionellen aber mögen jetzt Nase und Ohren aufsperrn, dieselben liberal-gemäßigten, wahrhaftigen Freunde des Vaterlandes, die vor einem Jahre in jeder Weise die Erhebung des Volkes für die Verfassung vertiechten, und jetzt zum Dank von denselben Menschen, deren Herrschaft sie retteten, die gottbegnadeten Zustreiter erhalten. Sie mögen jetzt sagen, ob eine Constitution, und wäre sie tausendmal von neuen Menschen, die den Meincid als ein von Gott überkommenes Privilegium vor beschränkter Unterthanen vorzubehalten glauben, beschworen, mehr als ein Papierwisch ist. — Sie werden es aber nicht sagen, sie werden als ächte, brave, gehorsame und doch sehr liberale Constitutionelle sich wieder zusammenschließen lassen, um wieder nach dem vormärzlichen Wahlmodus zu wählen. — Die „Deutsche Allg. Zeitung“ ist schon jetzt bange, das Volk möchte soviel Ehrgefühl haben, am der Constitutionenwirtschaft den Rücken zu kehren. — Unnütze Furcht, die feigen Geldsäcke, die willenlosen Bureaukrassen sind sich in der ganzen Welt gleich. Die wählen zu Allem, wozu sie kommandirt werden. Die Demokraten aber, das Volk, werden etwas Besseres zu thun wissen. Auch wenn der augenblickliche Zustand verschlimmert, unsere Partei wählt nicht auf solche

hochverräterische Ordnungen hin; unsere Partei weiß, daß sie nicht wählen darf, damit die Waunde, die der gottbegnadete Schurke dem Rechtsbewußtsein schlug, offen bleibe und stündlich mahne, daß wir mit unsern Drängern auf keinem Rechtsboden stehen; daß das einzige Organ, durch welches wir mit den Selbstherrschern verkehren, das der Revolution ist, und daß die einzige Antwort, die wir auf alle Entropfungen zu geben haben, nur der Eine Ruf ist: „Nieder mit den Königen, es lebe die Republik!“

Nun, was meint Ihr dazu, Freunde? Das ist noch eine ganz andere Sprache, als die der „Sozialdemokrat“ führt! Und nicht einmal in einem verbotenen Blatte!

Freilich Becker wurde ob dieses Artikels angeklagt und kam vor die Geschworenen. Es lohnte sich, die Verteidigungsrede gleichfalls wortgetreu abzufragen, wir müssen uns das Vergnügen aber versagen und wollen nur einige erfreuliche Stellen aus derselben wiedergeben.  
„Alle Dynastien freiden dahin, die Zustände wie sie 1816 waren, wiederherzustellen; diese Zustände ruinierten Land und Leute, sie hemmen, aber hindern nicht die Entwicklung und Umwandlung der Gewaltstaaten in soziale und zuletzt in einen einzigen Humanitätsverband. Darum ist es am besten, man laßt sein nächstes Ziel ins Auge, damit die Fürsten und ihre Diener die Staatskassen hin und her jereen und mit den Räubern in einander gerathen, wir gemeinen Leute, deren Verstand die Tugenden der Diplomatie nicht zu würdigen versteht, aussteigen und zu Fuß, langsam, aber unbeirrt dem Ziele zuwandern, wo man sich ohne Fürsten und Bureaukraten zu behelfen weiß — zur Republik; und wenn man unterwegs auch von einer jener Lokomotiven der Geschichte, wie Marx die Revolutionen nennt, eingeholt und mitgenommen wird, so ist das eben auch kein Unglück.“

„Nun noch ein Wort über die angebliche Majestätsbeleidigung. Es ist eine alte Geschichte, daß jeder Beamte, wenn man ihm das Unrecht vorhält, das er anspricht, sich entschuldigt, es thue ihm leid, aber er könne nicht anders, es sei ihm so befohlen, im Uebrigen sei er ein freistündiger Patriot. Wenn man diesen Henckler aber die gescholtenen patriotischen Pumpen vom Leibe reißt, damit das Volk sie in ihrer Blöße sehe, dann gilt es nicht ihnen, dann gilt es dem Herrn Präsidenten, dem Herrn Minister, dem Könige.“

„Es wird ein schrecklicher Unthat mit den Prozeßen wegen Majestätsbeleidigung getrieben. Sage ich, „der König läßt“, so ist das allerdings eine Beleidigung, die deshalb schwerer bestraft wird als bei einem Privaten, weil dieser Vorwurf seinen Heiligenschein angreift, weil den persönlichen Dürft des Königs kein Minister kontrahirt.“  
„Es ist erfindlich, daß das Oesterreichische Ministerium sich über die „Unterthanen“ zu entrüsten. Ich theile diese Entrüstung, aber mit solchen Kriminal-Prozeduren ändert man das traurige Verhältniß der deutschen Zustände dem russischen Einflus gegenüber nicht. Sie sind so bekannt, daß sie sprichwörtlich geworden sind; und mit Recht.“  
„Den Kundendruck für deutsche Fürsten haben russische Soldaten aufgebracht, nach deren Anschauung der Czar der Oberknecht und der König von Preußen ein Knecht ist, die kleinen Fürsten aber die Unterknechte sind.“

Und nach einem solchen Artikel und einer solchen Verteidigung antworteten die Geschworenen auf die Fragen:

- 1) Ist der **Becker** schuldig
  - 2) die Ehrfurcht gegen **Se. Majestät den König** verletzt,
  - 3) öffentlich zum Umsturz und zur Veränderung der königl. Regierung aufgefordert und angeteilt zu haben, ohne daß indessen die Aufforderung und Anreizung einen Erfolg gehabt hat?
- nach einer Verathung von „einigen Minuten“ mit „Rein, der Angeklagte ist nichtschuldig.“

So schrieb man damals, und so dachte man damals über Preßfreiheit.  
Und der Mann, der so trefflich die Lüge vom Konstitutionalismus, vom Verfassungsstaat zu geißeln mußte, dessen ganze Verteidigung eine einzige Satire auf die Zammerrolle ist, welche damals die Konstitutionellen spielten, der mit revolutionären Kraftausdrücken, wie „gottbegnadete Schurken“ u. um sich warf, ist heute — Oberbürgermeister von Köln und Mitglied des preussischen Herrenhauses.

Schade eigentlich, daß er nicht auch im Reichstage sitzt, er hätte einen recht artigen Kommentar liefern können zur „staatsmännischen“ Rede seines jetzigen Gefinnungsgenossen, des Fortschrittlers Hanel, deren ganze Weisheit darin gipfelte, die „schöne“ Devise:

„dem Könige jeden Ruhm, dem Minister jede Gefahr“  
in allen Tonarten zu verherrlichen, d. h. die „gottbegnadeten Schurken“ als unabhärbare Götter zu erklären. Es wäre eine wahre Freude gewesen.

Aber, es hat nicht sollen sein. So haben wir es denn für unsere Pflicht gehalten, da wir es, Mangels jeglichen Talents dazu, noch nicht bis zum Oberbürgermeister gebracht haben, unsern Gefinnungsgenossen von damals ins Feld zu führen gegen seine großmüthigen und unsere kleinmüthigen Freunde von heute.  
Immer feste druff, Jungens, nur nicht verbläffen lassen!  
Einer von den „Alten“.

### Briefe aus dem Reichstage.

Berlin, 27. Januar 1882.

Zum Reichstage ging's diese Woche lebendig zu. Wenn das ein günstiges Urtheil ist, so findet nach dieser Richtung hin das Sprichwort

Anwendung: Ende gut, Alles gut. Denn das Ende ist da, und ohne den fatalen Umstand, daß ein Nichter'scher Antrag vorhin in die Kommission verwiesen wurde, würde der Reichstag noch heute schließen. Interessante Debatten sind nicht mehr zu erwarten, und wäre noch einige Hörsfähigkeit in den todtnüden Abgeordneten, so würde das letzte Reichstagskräft durch die grauenhaft langweilige Debatte, welche im Augenblick, wo ich dies schreibe, mit der Langweiligkeit eines Verlebens oder Mühlrads abgeleiert wird und — mit Ausnahme eines Tuzens fanatischer Steckenpferdceiter das gesammte Haus — aus dem Haus oder wenigstens dem Sitzungssaal hinausgetrieben hat. Es handelt sich nämlich um das famose Thema von der Doppelwährung. Die Doppelwährung! Bimetallismus! Wunderbare Jauberworte!

Es ist merkwürdig, welche Reizung die Menschen haben, alle ihre Gebrechen auf irgend eine mit Händen zu greifende Ursache zurückzuführen, und ein mit Händen zu greifendes Mittel zur Beseitigung dieser Ursache und zur Heilung aller Gebrechen vorzuschlagen. Jener berühmte Schuhmacher, der alle Uebel der Welt mit Leder füttern wollte, war der klassische Typus dieser sozialpolitischen und Wunderdoktoren, von denen jeder seine fixe Idee, und seine unerschütterliche Ackerwelt-Rechnung hat. Der Bimetallist oder Doppelwährungsmann erblickt in der Goldwährung die Ursache aller Uebel, an denen die heutige Gesellschaft leidet, und in der Doppelwährung (Gold- und Silberwährung) das unzählbare Mittel zur Beseitigung aller dieser Uebel. Mit dem dieser Menschenpezies eigenenthümlichen Talent, Ursache und Wirkung zu verwechseln, leiten sie den Rothhaud aus der Seltenheit des Goldes her, während doch die Seltenheit des Goldes eine Folge des Rothhautes ist, und in paradoxer Unkenntniß der Natur des Geldes, verklären sie das Fwangelium, daß die soziale Ungleichheit, die Klassenverarmung u. s. w. durch die Goldwährung hervorgebracht sei, und mit der Doppelwährung verschwinden werde.

Nun — diesen Karren, die von dem Befehl der bürgerlich-großkapitalistischen Gesellschaft keine Abnung haben, ist nicht zu helfen. Man überläßt sie am besten sich selbst. Schaden können sie nicht anrichten, denn die Logik der realen Verhältnisse stellt sich ihnen in den Weg.

Am Dienstag brachte die Fortschrittspartei bei der dritten Lesung des Etats des Kaisers Königs Wilhelm zur Debatte. Herr Hänel trug eine Rede über die Majestätsbeleidigung des „Hans“, was übrigens — und es gereicht ihm das nicht zur Schande — sehr schlecht befiel war. Das ganze Reichthum des konstitutionellen „Prinzipio“ wurde erschöpft, die Legende vom König, der regiert aber nicht herrscht, dreitgetreten. Der Herr Professor schenkte uns nichts. Er schmolgte beim Anhören seiner löblichen Tiraden in einem Meer von Wonne. Die Bourse dauerte indeß nicht lange. Fürst Bismarck, der seine Fappenhelmer kennt, erschien plötzlich im Reichstage, und jenseits, als Hänel sich endlich gesetzt hatte, unbarbarisch dessen Spinnweben-Gewebe konstitutioneller Dogmatik. „In Preußen herrscht u. n. regiert der König, so war es und so wird es bleiben; wer mir sagt, ich verleihe mich hinter der Person des Königs, sagt mich der Freiheit an“ — und da redete und soß sich der Herr Reichstagskanzler in eine solche Theaterwelt hinein, daß man einen Moment glauben konnte, er wolle auf die Fortschrittler lospringen und sich mit ihnen prügeln — wozu er selbstverständlich nicht die leiseste Reizung hatte. Und nachdem er diese kleine Zeremonie abgeleiert, wurde er plötzlich mild, und meinte, der Mas werde ja ganz selbst aufgeföhrt, die Freiheit der Wahl solle durch die Beamten nicht beeinträchtigt werden.

Auf diesen kein ging natürlich der Liberalismus, fortschrittlicher und selbstkonstitutioneller Sorte, der „Konflikt“ war glücklich vermieden, die Prinzipienfrage wurde vertuscht. Liebtuch, der in unserem Namen sprach, hob dies hervor, und gab der Fortschrittspartei die Schuld, durch ihre Halbbheit während des Konflikts der Vor Jahre solche Neuzerlegungen des persönlichen Regiments, wie diesen Mas, möglich gemacht zu haben. Liebtuch, dessen Rede Ihnen im stenographischen Bericht jagt, sprach hierauf über die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage, über unsere Stellung zur reichskanzlerischen Sozialreform, und begründete, warum wir dem herrschenden System keinen Fleunig bewilligen können und gegen den Etat in seiner Gesamtheit stimmen müßten.

Unsere Abgeordneten kamen in dieser Woche ziemlich oft zum Wort: Frohne und Kräder zur Berufsstatistik, Kaiser, Grillenberger und Lieblucht zum Spezialetat (Ausweisungen aus Sachsen, Spionage gegen die sozialistischen Reichstagsabgeordneten, und Post); Lieblucht, Kräder und Kayser zu Wahlprüfungen (Reichenbach-Neurode und Ludwigshafen-Speyer).

Eine geradezu erbärmliche Rolle spielten in der Dienstagssitzung die Herren Volksparteiler. Ein französisches Winkelblatt hat den angeblichen Brief eines angeblich deutschen Reichstagsabgeordneten S... veröffentlicht, welcher S... besagt, Deutschland werde Republik werden und Fisch-Votbringen dann sein Selbstbestimmungsrecht zurückerhalten. Beiläufig ein ganz verunzerrter Wunsch und Gedanke. Der „Republikaner“ Sonnemann, auf welchen man riet, hatte nichts Einiges zu thun, als zu erklären, er sei nicht der S... Das ginge allenfalls noch an. Daß er aber am Dienstag den „großen Volktribunen“ Karl Mayer aus Schwaben auf die Rednerbühne des Reichstags steigen und feierlich erklären ließ, der Brief könne überhaupt nicht von einem Mitglied der Volkspartei herrühren, da diese auf dem Boden der Reichsverfassung stehe — das war niederträchtig. Man sieht, an monarchischer Servilität wetteifern die Demokraten der „Volkspartei“ würdig mit den „Demokraten“ des Fortschritts.

### Wie geschwindelt wird.

II.

Der Jahresbericht der „Dortmunder Union“ beschäftigt sich eingehend mit den Arbeiterlöhnen und bemüht sich, nachzuweisen, welche erhebliche Steigerungen dieselben erfahren haben. Es heißt in dem Bericht wörtlich:

\*) Ueber das Verhalten des hohen Hauses zu den sehr berechtigten Vorschlägen unserer Abgeordneten in nächster Nummer.

„Schon der Geschäftsbericht pro 1879/80 ergab für die Union eine Steigerung der gezahlten Löhne pro Kopf des Personalbestandes auf M. 818. 39 gegen M. 802. — im Jahre 1878/79. Im abgelaufenen Geschäftsjahre betrug dieser Satz pro Kopf des Personalbestandes M. 884. 33, ergibt mithin gegen das Jahr 1878/79 eine Verbesserung pro Kopf des Personalbestandes von M. 82. —“

Dieser geschäftsberichtliche Hinweis der „Union“ wird sekundiert durch das Telegramm, welches der Verein zur Wahrung der industriellen Interessen im Rheinland und Westfalen vom 29. November 1881 an Bismarck richtete, in welchem ebenfalls mit Betonung auf eine Besserung der Lage der Arbeiter als eine Folge der neuen Wirtschaftspolitik hingewiesen wurde.

Diesen Auslassungen steht gegenüber die in Nr. 2 des „Sozialdem.“ besprochene Petition der Essener Bergarbeiter-Versammlung; zwar widerspricht sie durchaus nicht den Angaben der „Dortmunder Union“, daß der Lohn pro Kopf des Arbeiterbestandes von M. 818. 39 im Jahre 1879/80 auf M. 884. 33 im Jahre 1880/81 gestiegen ist; aber sie hebt hervor, was die „Union“ verschweigt, daß die Löhne sich nur dadurch gesteigert haben, daß die Leistungen des einzelnen Arbeiters größer geworden sind, weil dieselben zu Ueberleistungen gezwungen sind, daß aber die Schichtlöhne nicht erhöht worden sind.

Stellen wir aus den Geschäftsberichten beider Jahre folgende Zahlen zusammen:

	1880/81	1879/80
Kohlenförderung	Gr. 5,330,216	4,573,020
Eisensteinförderung	Kilo 85,367,405	71,507,965
Kohleproduktion	„ 115,990,508	88,068,287
Salzfabrikate wurden produziert	„ 140,515,505	133,643,071
Salzfabrikate	„ 11,773,561	11,999,758
Arbeiter am Jahreschlusse	6,615	6,750
Im Jahre gezahlte Löhne	M. 5,849,811	5,594,155
oder pro Kopf	„ 884,33	818,39

Die gesammte Produktion betrug darnach in 1880/81: Gr. resp. Kilo 358,267,195 gegen 309,792,101 in 1879/80, sie hat also zugenommen um 48,475,074 = 15 1/2 Proz. Die Löhne dagegen haben zugenommen von M. 5,524,155 in 1879/80 auf M. 5,849,811 in 1880/81 also um M. 325,656 dies ist noch nicht ganz 6 Proz., d. h. die Kosten der Arbeitsleistung sind also bei der Dortmunder Union im 1880/81 gegen 1879/80 nicht unerheblich billiger geworden. Die Arbeitsleistung hat um reichlich 15 1/2 Proz., der Lohn aber noch nicht ganz 6 Proz. zugenommen, d. h. um ungefähr so viel, als nach den nicht widerlegten Angaben des Vöberschichters Konsumvereins die Preise der Lebensmittel für eine fünfköpfige Arbeiterfamilie durch die neuen Zolltarife verteuert worden sind. Mit dem besseren Verdienst ist es also trotz bedeutender Ueberleistungen reiner Schwundel. Diese Thatfache muß man sich vergegenwärtigen, um sich voll und ganz der arbeitslosen Konkurrenz bewußt zu werden, die in folgenden pomphosen Sätzen des letztjährigen Geschäftsberichts der Dortmunder Union sich breitmacht.

„Wenn wir mit größerem Vertrauen als seit längerer Zeit auf das neue Geschäftsjahr und auf die weitere Entwicklung unseres Unternehmens blicken dürfen, so fühlen wir uns verpflichtet, an dieser Stelle, das bereits in unserem vorjährigen Bericht niedergelegte Zeugnis zu bestätigen, daß diese Wendung zum Besseren zum großen Theil der veränderten wirtschaftlichen Gesetzgebung und der Wiederherstellung des Vertrauens zu verdanken ist, welches in Folge derselben bei der Industrie zurückgekehrt ist. Wir haben uns in früheren Jahren über die hierfür maßgebenden Gesichtspunkte so oft eingehend geäußert, daß wir uns hierauf beziehen und somit auf das oben ausgeführte wiederholte Zeugnis beschränken dürfen. Nur einen Umstand möchten wir auch an dieser Stelle ganz besonders hervorheben: Wir meinen die erfreuliche Verbesserung der Lohnverhältnisse, welche ganz in derjenigen Weise eingetreten ist, wie sie von denen vorhergesagt wurde, die den Schuß der nationalen Arbeit nicht sowohl im Interesse der zahlreichen, von der Erhaltung der deutschen Eisenindustrie abhängigen und in ihrer Existenz auf's Schwerste bedrohten Arbeiterbevölkerung befürworteten.“

Schamloser Schwundel und Humbug, die Sorge, „dem armen Mann, dem Arbeiter und kleinen Handwerker anzuhelfen“, und schamloser Schwundel und Humbug die ausgesaunte Verbesserung der Lohnverhältnisse! Nichtwürdiger Schwundel!

Die schon früher mitgetheilte und besprochene Petition der Essener Bergleute wird aber denselben Erfolg haben, wie eine ähnliche Petition derselben vom Jahre 1868, welcher Schreiber dieses nachstand, und welche mit einigen schon stilifirten Versen von der warmen Fürsorge der Regierung für das Wohl der Bergarbeiter abgelehrt wurde.

Aus Schwundel.

## Aus der Rede Liebknechts über den Reichsetat.

Schreiben am 24. Januar 1882.

(Nach dem amtlichen stenographischen Bericht.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter hat darauf hingewiesen, daß die Anschauungen, welche soeben von dem Herrn Reichskanzler hier vertreten wurden, bereits zu den Zeiten der Reaktion in den fünfziger Jahren und selber von Gerlach und von anderen vertreten worden seien. Neues haben wir hier allerdings nicht gehört. Aber wie ist es überhaupt möglich, daß diese alten Anschauungen hier noch aufstehen können? Da muß ich allerdings der linken Seite des Hauses den Vorwurf machen, daß es ganz wesentlich ihrer Haltung zu verdanken ist, daß derartige Anschauungen heute noch hier am Regierungstisch zum Wort gelangen können. Als in den sechziger Jahren der Kampf mit dem Absolutismus von der Fortschrittspartei aufgenommen wurde, fand das Volk hinter der Fortschrittspartei; trotzdem wagte sie es nicht, den Kampf bis auf's Aeußerste zu führen, bis sie gestürzt wurde. Sie ließ sich durch die angewandte Politik des Fürsten Bismarck blenden und erteilte ihm Judentum für seine innere Politik; und jetzt, nachdem der Kampf Jahrzehnte lang verjagt war, finden wir, daß er von Neuem aufgenommen werden muß. Dieselben Prinzipien, die Sie damals bekämpft haben, stehen Ihnen heute wieder gegenüber. Das persönliche Regiment, ob es sich verkörpert im Monarchen, ob es sich verkörpert im Reichskanzler, ob sich Ihnen gegenüber, ob man es Selbstregierung nennt oder Selbstherrlichkeit, es ist das autoritäre persönliche Regiment, mit diesem müssen Sie abrechnen, wenn nicht der Verfassungsschat gerade so ein Gegenstand des Gefächters sein soll, wie es neulich hier im Reichstag der Reichsstaat mit Recht gewesen ist.

— Meine Herren, ich komme nun zum eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung: zur Generaldebatte über den Etat. Ich hatte und habe nicht die Absicht, akademisch über die Frage des kaiserlichen Erlasses zu reden, die sich, wie jetzt schon zu sehen, im Sande verlaufen wird. Wie dem aber auch sei, Sie kommen nicht zwischen den Hörnern des Dilemmas hindurch, entweder müssen Sie das absolute Regiment, das Ihnen in der Person des Reichskanzlers gegenübertritt, durch einen inneren Verfassungskampf, durch einen feigreich durchgeführten Konflikt brechen, oder Sie müssen es hinnehmen, sich unterwerfen, und höchstens den Konflikt durch allgemeine Redensarten verunsichern. Man wird vielleicht das Absolutische dieses Erlasses vom 4. Januar weniger interpretieren, ihn die Spitze scheinbar abhumpfen — es ist dies im Lauf der Debatte teilweise schon geschehen —, aber das absolute, das persönliche Regiment steht da, es bleibt und wird bei jeder Gelegenheit Ihnen wieder entgegenreten.

Die ungeheure Mehrzahl der Stimmen, um deren Verfügung es sich handelt, sind ausgeworfen für militärische Zwecke. Den Militarismus müssen wir aber prinzipiell bekämpfen; im Militarismus er-

blinden wir den Feind jeder freirechtlichen Entwicklung, den Krebsknoten, der an unserem Wohlstande frisst, und den Kern unseres Vaterlandes.

— Wozu brauchen wir denn das große Heer? Ist uns nicht in der Thronrede gesagt worden, daß wir friedliche Beziehungen mit allen Mächten haben? Sind von irgend einer Seite kriegerische Verwicklungen zu erwarten? Ist etwa Rußland, welches vom Nihilismus zerfressen ist, und welches vor wenigen Jahren als es noch stärker war, nicht einmal seinen Krieg mit der Türkei, einer Militärmacht dritten Ranges, ohne Hilfe zu freigegeben Ende führen konnte, — ist etwa Rußland im Stand, uns anzugreifen? Ist bei Oesterreich der Wille und die Macht anzunehmen, uns mit Krieg zu überziehen? und droht uns etwa von Frankreich eine Gefahr? Meine Herren, man hat Gambetta, der vielfach mit dem Fürsten Bismarck verglichen worden ist, den Diktator Frankreichs genannt; man hat darauf hingewiesen, daß in Gambetta's Person der Gedanke der Revanche sich verkörpere; jetzt sehen Sie, wie ohnmächtig dieser Mann in Frankreich ist. Sie sehen, daß Frankreich, weil es entschlossen ist, sich zur demokratischen Republik zu entwickeln, auch mit diesen chauvinistischen Traditionen, mit dieser engherzigen Revanchepolitik gebrochen hat. Das Schicksal Gambettas zeigt, daß Frankreich einen Krieg nicht will.

Sie begreifen, meine Herren, daß wir schon allein unserer Stellung zum Militarismus wegen nicht für den Etat stimmen können, da der größte Theil der Stimmen, welche in demselben ausgeföhrt sind, für nach unserer Ansicht verwerfliche und gemeinschädliche Zwecke, die Zwecke des Militarismus, ausgeföhrt ist. Man hat auch in oberen Regionen begriffen, daß es in der bisherigen Weise nicht fortgehen kann mit der Steigerung der Lasten, welche dem Volke auferlegt werden, und man hat sich darum entschlossen, etwas zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes zu thun. Da ist denn die sogenannte „Steuer- und Wirtschaftsreform“ und die „sozialpolitischen Pläne“ des Reichskanzlers angesetzt.

Meine Herren, zu diesen Plänen und angeblichen Reformen habe ich Stellung zu nehmen. Ich werde es thun, so kurz wie möglich, aber es zu thun, bin ich verpflichtet. Was die Frage der direkten und indirekten Steuern betrifft, so stimmen wir in derselben bis zu einem gewissen Punkt vollständig mit der Linken dieses Hauses überein, und ich brauche daher über dieses Thema nicht weiter zu reden. Wir sind der Ansicht, daß die indirekten Steuern weit schwerer auf dem Volke lasten, als die direkten Steuern, und daß die einzig vernünftige Beseitigung eines Volkes geboten wird durch die progressive Einkommensteuer. Diese beste aller direkten Steuern und überhaupt aller Steuern fordern wir in unserem Parteiprogramm, und wir sind darum entschiedene Gegner der Politik des Reichskanzlers, die direkten Steuern durch indirekte zu verdrängen.

— So will man der Industrie aufhelfen. Dem Handwerker will man aufhelfen, dadurch, daß man die Innungen wieder herstellt. Meine Herren, was sind Innungen? Innungen, soweit sie überhaupt irgend etwas sind, sind verfallene Zünfte. Entweder sind die Innungen nichts, oder sie müssen zu Zünften werden. Das ist aber nicht möglich. Und daß wir Sozialdemokraten, die die moderne bürgerliche Entwicklung als historische Nothwendigkeit anerkennen, und in der Befreiung der Mißstände und Ungerechtigkeiten, die sich herausgestellt haben, die konsequente Fortentwicklung über die bürgerliche Gesellschaft hinaus erheben — daß wir keine Rückkehr in das Mittelalter des Mittelalters wollen können, liegt von vornherein auf der Hand. Wir müssen also auch auf diesem Gebiete die Bestrebungen der Reichsregierung und jener, welche sie unterstützen, bekämpfen.

Kann kommen wir zu dem sogenannten „armen Mann“, dem durch die sozialpolitischen Reformen aufgeholfen werden soll. Ja, meine Herren, wenn es so weiter geht mit dem deutschen Reich, dann wird es in Deutschland bald nur noch arme Männer geben; der arme Mann, dem aufgeholfen werden soll und muß, das ist jetzt schon beinahe das gesammte Volk. Daß diesem Hilfe geschaffen werde, ist allerdings sehr notwendig; geschieht es nicht sehr bald, so wird es zu spät sein.

Wasin besteht nun die in Aussicht gestellte Hilfe? Da redet man von positiven Maßregeln. An diesen positiven Maßregeln, die man uns versprochen hat, habe ich bisher noch nichts Positives erndet, als den Redel, in den sie eingekläßt sind. Und der Herr Reichskanzler, der noch vor Jahresfrist so schön, ich möchte sagen, wie Hirsch in dem Buch, auf die soziale Frage lossprenkte, wie steil laut hat er sich in der Sitzung vom 10. Januar d. J. geäußert! Er hatte inzwischen angefangen, die soziale Frage etwas zu ruhigen und da war es ihm klar geworden, daß an jedem Ripfel, wo er sie anfäßt, das Ganze hängt, die ganze Anstaltung und der ganze Organismus der heutigen Gesellschaft, daß, wenn einmal A gesagt hat, auch B sagen muß, kurz, daß die soziale Frage sich nicht im Detail, nicht in einzelnen willkürlich herangezogenen Detailpunkten lösen läßt. Er hat gefunden, daß mit der Unzulänglichkeit und mit der Minderverfügung, falls sie überhaupt von ihm durchgeführt werden kann, den Arbeitern noch lange nicht gebient ist. Heißt es dem Arbeiter helfen, wenn man ihm nur hilft, nachdem er verunglückt oder invalide geworden ist in Folge der Anwesenheit durch die kapitalistische Produktion? Der Mann will vorher, will auch sonst vom Staate unterstützt sein — nicht in Form von Almosen —, und Sie müssen ihn unterstützen, wenn er nicht zu Grunde gehen soll. Sehen wir doch, in welcher Lage die ungeheure Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland sich befindet. Da gilt es, für Hunderttausende Verdienst schaffen, Arbeit schaffen, das ist nicht bloß möglich oder wahrscheinlich, das ist notwendig; denn wenn man einmal die soziale Frage in die Hand nimmt, dann muß sie auch vollständig und gründlich gelöst werden.

Was die Gesetzesvorlagen betrifft, welche die Regierung bisher auf diesem Gebiete gemacht hat, so hat sie mit denselben nichts weiter befunden, als ihre vollständige Rathlosigkeit.

(Sehr richtig!)

Speziell vom Unfallversicherungsgesetz kann ich nur sagen, daß der bescheidenste Arbeiterverein in Deutschland ein besseres, praktischeres Gesetz zuwege gebracht hätte, als das war, welches in der vorigen Session dem Reichstag vorgelegt wurde.

(Rufe: Sehr richtig!)

Mit solchen Gesetzeswürfen löst man die soziale Frage nicht und gewinnt man das arbeitende Volk in Deutschland wahrlich nicht. Es ist ein großer Unterschied zwischen rein politischen und ökonomischen Fragen. Politische Fragen lassen sich unter Umständen mit dem Schwert lösen, mit Gewalt, durch gewaltsames Eingreifen, — mit ökonomischen Fragen ist dies nicht möglich; und so wenig ein jeder deutscher Kaiser sich über die Grammatik stellen konnte, eben so wenig kann ein Reichskanzler — und verfüge er über eine zehnfache Macht wie Fürst Bismarck — sich über die Gesetze der Nationalökonomie hinwegsetzen. Die ehernden Gesetze der Nationalökonomie bestehen für den Fürsten Bismarck gerade so gut wie für uns, und wenn er an die Lösung der sozialen Fragen geht, so zählt sein von plaisir, sein Wille für nichts, — die soziale Frage muß vor Allem Kurdt sein. Als im vorigen Jahre von Bewandern des Reichskanzlers, die an seine gesellschaftsrechtliche Mission glaubten, das Wort ausgesprochen wurde, Fürst Bismarck sei der Ceditus, welcher das Räthsel der Sphinx „soziale Frage“ lösen werde, da haben die Gläubigen früher nicht vorausgesehen, daß der Ceditus vor wenigen Tagen hier gelassen wurde, daß er in Bezug auf die soziale Frage jetzt weniger klar sei als früher, daß er mit einem Wort das Räthsel der Sphinx nicht gelöst hat — und auch nicht lösen wird. Sie wissen aber aus der griechischen Mythologie, mit der Sphinx war kein Spaß zu machen; diejenigen, die sich unterfangen hatten, ihr Räthsel zu lösen, und es nicht lösten, gingen ebenfalls zu Grunde.

Die Reichsregierung ist also bisher auf dem Felde der Sozialreform weder praktisch, noch auch nur theoretisch — durch Darlegung ihrer Ziele — in einer Weise vorgegangen, welche geeignet wäre, den Arbeitern irgend Vertrauen einzubringen. Es ist wahr, — und alle meine Freunde haben, so weit die Arbeiterinteressen herührende Fragen hier zur Debatte kamen, dies erklärt, — wir sind bereit, alles zu diskutieren, und jeder Vorschlag, der im Interesse der Arbeiter ist, wird von uns unterstützt werden. Wir nehmen aber von heutigem Staat keine Abschnidungs- summe, sondern nur Abschlagszahlungen, weil wir wissen, daß, so gering auch die Abschlagszahlungen sein mögen, wir schließlich doch im Stande sind, den Jubler — und sei er ein noch so schlechter

Jubler — zur Zahlung der vollen Summe zu nöthigen. Wie kann aber angefaßt werden, was bisher geschehen und nicht geschehen ist, innerhalb der deutschen Arbeiterklassen Vertrauen in die sozialpolitischen Pläne des Fürsten Bismarck bestehen? Und wären diese Pläne auch vertrauenswürdig und weniger nebelhaft, dann steht immer noch als tiefe unübersteigliche Kluft zwischen uns und der Bismarck'schen Sozialreform das Sozialistengesetz.

Kann, meine Herren, die Unterdrückung das nicht vermocht, uns als Partei zu vernichten — das zeigt schon das Wahleresultat — und ebenso wie das Centrum durch die Ausnahmegeetze nur gekürzt worden ist, so ist die Sozialdemokratie als Partei durch das Sozialistengesetz nur gekürzt worden. An uns werden Sie nichts ändern; die einzige Folge dieses Gesetzes für die Partei ist, daß es sie weiter nach links gedrängt hat und fortwährend drängt; daß die Zurückfamen ausgeschlossen worden sind, und daß jetzt Strömungen in der Partei hervorströmen, die lange nicht in der Stärke vorhanden waren, ehe das Sozialistengesetz kam, Strömungen, welche erst in dieser Stufe möglich geworden sind durch das jammrige Gefühl der Unterdrückung. Sie haben durch den Belagerungsstand, überhaupt durch die Handhabung des Sozialistengesetzes eine Summe des Elends und des Unrechts geschaffen, die nur gleich kommt die Summe des Hasses, den Sie damit erzeugt haben. Mit diesem Haß, meine Herren, werden diejenigen zu rechnen haben, welchen wir das Sozialistengesetz verdanken. „Aha!“ denkt man hier vielleicht: „das ist eine Drohung mit der Revolution.“ Meine Herren, vor dem Wort „Revolution“ schreckt ich nicht zurück. Unsere Partei hat sich stets als eine revolutionäre Partei bekannt. Aber wir haben niemals gesagt, daß wir eine revolutionäre Partei seien in dem Sinne, daß das Wort „revolutionär“ prinzipiell die Anwendung physischer Gewalt, das Ausbrechen des gewaltsamen Umsturzes bedente. Im Gegentheil, gegen diese Unterdrückung haben wir uns stets auf das energischste verwahrt. In dieser Beziehung haben wir schon vor 10 Jahren, im Leipziger Hochvertrahsprojekte, und später während der Sozialistengesetzdebatte und bei anderen Gelegenheiten die blühendsten und ungewöhnlichsten Erklärungen abgegeben; allein man hat uns nicht glauben wollen. Kann, meine Herren, das ist Ihre Sache, mögen Sie es glauben oder nicht glauben; das eine aber will ich Ihnen sagen, daß die Hoffnungen derer, welche glaubten, daß die Entwicklung Deutschlands auf dem Wege der Reform sich vollziehen könne, durch das Sozialistengesetz sehr herabgestimmt worden sind. Durch das Ausnahmegeetz haben Sie gerade der reformatorischen Entwicklung einen Riegel vorgeschoben. Der Weg zur Revolution, zum gewaltsamen Umsturz ist zu allen Zeiten mit Ausnahme geesehen gepflastert gewesen.

(Sehr wahr!)

Es wird ja jetzt auf dem Gebiete der Sozialreform von allen Parteien ein förmliches Richtigwimmeln abgehalten; alleseitig wird anerkannt, daß die jetzigen Zustände unhaltbar sind, daß eine neue Welt im Geburtsprozeß begriffen ist. Aber, meine Herren, so wenig wie im vorigen Jahrhundert die bürgerliche Welt auf das Kommando von oben entstehen konnte, ebenso wenig kann die neue sozialistische Welt auf Kommando von oben, sei es eines Kaisers, sei es eines Königs, sei es eines Reichskanzlers, entstehen. Das gewaltige soziale Problem kann nur gelöst werden durch das Volk. Die internationale Arbeiterassoziation, auf die neulich schon hier hingewiesen ward, hat dies in ihrem Programm ausgesprochen. Die Befreiung der Arbeiterklassen und die Erlösung der Menschen von dem sozialen Elend ist bloß möglich durch die Arbeiterklassen. Bloß von unten heraus kann die Umgestaltung der Gesellschaft sich vollziehen. Diese Umgestaltung ist eine Revolution. Ob die soziale Revolution auf dem Wege der Reform oder auf dem Wege des gewaltsamen Umsturzes durchgeführt wird, das hängt nicht von uns ab, sondern von der Majorität der Volksvertretung, von der Staatsflugheit der Regierungen.

Nach meinen bisherigen Ausführungen ist unsere Stellung zum Etat klar. Wir mißbilligen und bekämpfen das System, welches durch den Fürsten Bismarck vertreten wird; wir sind prinzipielle Gegner des Militarismus, wir sind prinzipielle Gegner des vom Reichskanzler vertretenen Steuersystems, wir sind prinzipielle Gegner seiner gesammten Wirtschaftspolitik, und wir haben nicht den geringsten Grund, zu seiner sogenannten Sozialreform Vertrauen zu haben. Unter diesen Umständen müssen Sie es durchaus logisch und konsequent finden, daß wir sagen: für das System, welches uns den Militarismus beschert hat, und welches mit dem Militarismus identisch ist, für das System, unter dem Deutschland verarmt, welches die Freiheit in Deutschland unterdrückt, welches uns die Ausnahmegeetze gebracht hat, welches Hunderttausende von braven fleißigen Bürgern jährlich aus dem Lande treibt, — für dieses System wollen wir keinerlei Verantwortlichkeit übernehmen, — dieses System bekämpfen wir, und für die Aufrechterhaltung dieses Systems können wir keinen Pseuwig bewilligen. Wir werden also gegen den Etat in seiner Gesamtheit stimmen und ich hoffe, daß die jetzigen Herren auf der Linken, welche vorher so eifrig gegen den Absolutismus geredet haben, ebenfalls die Konsequenzen befehen werden, mit uns gegen den Etat und damit gegen das in Worten von ihnen bekämpfte System in seiner Gesamtheit zu stimmen.

## Sozialpolitische Rundschau.

Berlin, 1. Februar 1882.

— Aus Berlin schreibt man uns: Die sehr die herrschende Gesellschaft aller Scham bar geworden ist, und wie zugleich ein großer Theil unserer sogenannten „Volksvertreter“ gar keine Ahnung davon hat, was sie mit dem gemeinheitsfähigen Geetz vom Oktober 1878 eigentlich angefaßt, dafür liefert die heutige Reichstagsführung einen deutlichen Beweis. Es ist ja Thatsache, daß mit den Nachbegriffen, welche der Polizei durch das jammrige Ausnahmegeetz in die Hand gegeben sind, der schenlichste Mißbrauch getrieben wird, denn der Appetit kommt mit dem Essen, und was die Polizei gegen Sozialisten in punkto Hausdurchsuchungen, Spionage und ähnlichen Geschichten verübt, das wird ihr mit der Zeit so zur Gewohnheit, sie glaubt so sehr in ihrem Rechte zu sein, Alles als vogelfrei zu betrachten und demgemäß zu behandeln, daß dadurch eine für uns höchst erfreuliche Befreiung der gesammten „bürgerlichen“ Ordnung entsteht. Wird doch durch dieses Geetz und seine Handhabung ein ganz verächtliches Lumpengefindel von Reichards großgezogen, welches bereit ist, für 2 Silberlinge jeden seiner Mitmenschen zu belspeln, zu verrathen, falsch zu bezeugen, und eventuell auch mittelst etlicher „amtlicher“ Weinde, die hertzutage sozusagen wild wachsen, in's Justizhaus zu bringen. Und das ist recht. So mußte es kommen. Die Früchte dieser hübschen Saat werden wir noch ernten. — In der heutigen Reichstagsführung benützte Parteigenosse Grillenberger die Gelegenheit bei der dritten Etatsberatung, um die schamlose, niederträchtige Spionage, welcher die zur Zeit hier weilenden sozialdemokratischen Abgeordneten ausgeföhrt sind, in recht verständlichem Deutsch zu geheßen. Zunächst schilderte er die Art dieser Spionage, und es blühte auch die Parteigenossen allenthalben interessieren, hierüber Einiges zu erfahren. Es ist jedem unserer Abgeordneten ein sogenannter „Jwanjggroßhennung“ als Schutzengel beigegeben. Der Dienst desselben beginnt Morgens 6 Uhr und endet Nachts gegen 12 Uhr, wenn der letzte Zug von hier weg ist; unter Umständen postirt es jedoch auch, daß die Abgeordneten Nachts 2 Uhr noch solche Begleitung haben. Verläßt Einer der unter Polizeiaufsicht Gestellten Morgens das Haus, um sich nach dem Reichstag zu begeben, so löst sich irgendwo in einem gegenüberliegenden Hausflur oder in einem benachbarten Keller eine verdächtige Gestalt ab, um auf der andern Seite der Straße in einiger Entfernung dem Betreffenden ununterbrochen zu folgen. Betritt derselbe unterwegs ein Bierlokal, einen Zigarrenladen, besucht er einen Freund oder macht er einen geschäftlichen Gang — sein Schatten bleibt vor oder sonst in der Nähe der Thüre stehen, bis Jener wieder heraustritt. Dann beginnt das alte Spiel. Besteht er einen Pferdeabwägen, so springt der Andere rasch hinten auf, um den Wagen nicht früher wie sein Schützling zu verlassen. Da diese Subjekte nichts bezahlen, sondern bloß ihr Hundsgeld vor-

weisen, so weiß sofort der Konduktur und das sonstige Jahrepublikum, daß es sich hier um einen Beaufsichtigten, vielleicht um einen verfolgten gefährlichen Verbrecher handelt. Abends gehen sie sogar bis in die Kneiplokal: nach und schauen sich auch nicht, in's Parlamentsgebäude einzudringen, um dort nachzufragen, ob der Jener noch da oder schon fortgegangen sei. Während der Sitzungen treiben sie sich auf den Tribünen des Hauses unter den Zuschauern herum, um ihre Opfer besser von Angesicht zu Angesicht kennen zu lernen. Doch auch diese benötigen jede Gelegenheit, theils um den Glenden ab und zu einmal auszukommen, theils um sie gleichfalls genau kennen zu lernen, und so gelegentlich auf der Hut sein zu können. Es hat dabei schon die ergötzlichsten Szenen, zum Theil auch ganz schroffe Zusammenstöße und Auseinandersetzungen mit dem Gefindel gegeben. Die natürliche Folge eines gelungenen „Verfahrens“, wie der Berliner Kunstausdruck für Irreführen lautet, ist natürlich, daß die Kerle, um ihr trauriges Brot nicht zu verlieren, ihren Auftraggebern irgend etwas über den Aufenthalt der ihnen aus den Augen Gekommenen vorzulegen. Da werden dann die Berichte über angebliche geheime Zusammenkünfte und wer weiß was noch konstruiert, und diese Falschfälle dienen dann bei Ausweisungen und sonstigen Maßregeln als „Beweismaterial“. Dies Alles schilderte Grillenberger, der sich einige Tage ganz besonders auf die Beobachtung dieser merkwürdigen Garbe verlegt hatte, in schärfer Weise, nannte das Verfahren einen unerhörten Skandal, der die Würde des ganzen Parlaments verlege, denn es handle sich hier nicht darum, daß die Verfolgten sozialdemokratische, sondern daß sie überhaupt Abgeordnete sind. Der Mehrzahl des „hohen Hauses“ erschienen diese niederträchtigen Schikanen, wie Redner die politischen Frechheiten nannte, ohne dafür einen Ordnungserlaf zu erhalten, ganz ungläublich. Ihr Erkennen und zum großen Theil doch auch Entrüstung machte sich in unzweideutiger Weise Luft. Die Herren Regierungsvertreter schwiegen zu den Angriffen, gestanden also einfach ihre Schuld ein; auf der „linken Seite“ aber, bei den Herren Fortschrittler etc., fand sich keiner, der es der Mühe werth gefunden hätte, eine Debatte über diesen wichtigen Punkt zu veranstalten. Das Prätischste wird wohl sein, wenn einer der dilanirten Abgeordneten einmal nachdrückliche Selbsthilfe äbt, um den groben Ungehör vor Gericht und damit vor das Forum der ganzen politisch denkenden Welt zu ziehen.

— Wer ist der Verbrecher? „Knof ist einer derjenigen Menschen, welche nur aus dem verwerflichen Motive ein Verbrechen verüben, um für längere Zeit im Zuchthaus untergebracht zu werden.“

Also beginnt der „Dresdener Anzeiger“ vom 21. Januar d. J. seinen Bericht über die Gerichtsverhandlungen des vorhergehenden Tages und erzählt mit Behagen, wie der „verwerfliche“ Knof, der einen Heuschäber in Brand gesetzt, seinen Wunsch, im Zuchthaus untergebracht zu werden, von den mitleidigen Geschworenen erfüllt bekommen hat (sie schenken ihm vier Jahre Zuchthaus nebst 8 Jahren Ehrverlust als freundliche Zugabe).

Es fällt uns nicht ein, über den Zeitungsschreiber, der diesen moralischen Auspruch verübt hat, die Hornschale sittlicher Entrüstung auszugeben. Der Mann hat sich bei der Sache der Wahrscheinlichkeit nach gar nichts gedacht und nur gedankenlos nachgeplappert, was die „gute Gesellschaft“ von so „verwerflichen“ Subjekten, wie diesem Knof, denkt oder doch zu denken behauptet. Aber welcher Abgrund von Etwas und Freivolität enthält sich uns in dem abgedruckten Satze des Penny-almers! In welchem Zustande des Etwas muß der unglückliche Knof gewesen sein, daß er das so mächtige Gefühl der persönlichen Freiheit in sich erlosche und in der den Sklaverei des Zuchthaus Rettung suchte! Wie furchtbar muß der Wolf Hunger er ihn zerfleischt haben, daß ihm die Hungerblut des Zuchthaus als verlockender Luxus erschien!

Auf der anderen Seite aber, wech' bodenlose Freivolität, dies grauenhafte Selbstopfer auf „verwerfliche Motive“ zurückzuführen! Worin bestehen die „verwerflichen Motive“? Einfluß in dem ersten und obersten aller Triebe: dem Selbsthaltungstrieb — in dem alles Andere zurückdrängenden Streben, den nagenden Hunger zu stillen, für den frierenden, müdegeheuten Körper ein warmes Obdach zu finden.

Kann es eine furchtbarere, wichtiger Anlage gegen die heutige Gesellschaft geben, als dieses tragische Selbstopfer zum Zwecke der Selbsthaltung? Um das nackte Leben zu retten, auf die goldene Freiheit, auf jede Bewusstheit des Lebens verzichten — das ist die ehrene Nothwendigkeit, vor welche die mit ihrer „Freiheit“ und „Zivilisation“ sich brüsten Bourgeoisie-Gesellschaft ihre im Konkurrenzkampf unterlegenen Glieder stellt; Hungertod, Verkommen in Schmutz, Kälte und Kälte — oder das Zuchthaus! Das ist das Dilemma, in welchem die gerühmte „Humanität“ der besten aller Welten spielt, so lautet das letzte Wort, welches die Bourgeoisie-Gesellschaft für die verzweifelnde Armuth hat — das ist, der Heuschäberbraten entkleidet, in feigenbaltloser Nacktheit „die Lösung der sozialen Frage“ im Sinne der Bourgeoisie-Gesellschaft.

Ein berühmter englischer Arzt sagte vor einigen Jahren, das Gefängnis sei die einzige, den bescheidensten Anforderungen der Gesundheitslehre entsprechende Wohnung der Armen.

Das ist wahr. Die Bourgeoisie-Gesellschaft degradirt den Menschen, drückt ihn unter das Niveau primitiver Lebenshaltung herab, läßt ihn unbarbarischer tiefer und tiefer sinken und schließlich zu Grunde gehen, und erweist eine Verpöschung der Humanität nur in den seltensten Ausnahmefällen an, wo der gehetzte Mensch entweder ein Verbrechen begeht oder überverlich und geistig gebrochen sich auf Gnade und Ungnade ergibt oder sonst in ekkatanter Weise die öffentliche Aufmerksamkeit auf seine Noth, auf sein Unglück lenkt. Abgesehen vom Hospital ist das Gefängnis und Zuchthaus die einzige halbwegs menschliche Zuflucht, die für der gehetzten Armuth bietet.

Und der böse Knof mit seinem „verwerflichen Motive“ hat dies begriffen und sich „aus Bosheit“ in's Zuchthaus stecken lassen.

Schade, daß das Mittelaltersche Prätorium noch nicht in's Strafgesetzbuch aufgenommen ist — dann könnte man dem bösen Knof für sein „verwerfliches Motive“ jeden Morgen und Abend „Hänfendunpfaß“ anfächeln.

Einige gelegentliche Hiebe wird's freilich auch so legen! Dann nur auf diese Weise erzielt die heutige Gesellschaft „gute Staatsbürger“.

— Ein objektiver Staatsanwalt! In Freiberg hand dieser Tage vor Gericht der Betriebsdirektor der Himmelfahrt Hundgrube Wengler, und der Kunststeiger Schmidt, beide angeklagt der jahrlässigen Tödtung. Durch Unterlassen der nöthigen Schutzvorrichtungen hatten die Angeklagten das bekannte Grubenunglück, den Tod von, wenn wir uns recht erinnern, über 30 Arbeitern verursacht. Die Schuld war, was Wengler anbetrifft, so evident, daß sie nicht abzuleugnen ist. Und nun höre man die, wie das maßbürgerliche „Leipziger Tageblatt“ meinet, „sehr ruhig und „objektiv“ gehaltene Anklage des Staatsanwaltes“ — Bernhard heißt der Wiederer:

„er, der Staatsanwalt, wäre der Letzte, der dem Betriebsdirektor einen Vorwurf daraus machen würde, wenn er sich nicht um jeden Nagel, jede Schwinde, jede Feilwerkzeuge bekümmert hätte.“

Natürlich, denn ein Betriebsdirektor erhält die 10- und mehrfache Bezahlung wie der Arbeiter nur, damit er sich um solche Kleinigkeiten nicht kümmere! Wunderbarerweise macht aber kurz hinterher derselbe Staatsanwalt alsdann dem Angeklagten Wengler zum Vorwurf, daß er seiner Pflicht, die Grube zu revidiren und seine Untergebenen zu kontrolliren, nur ganz ungenügend nachgekommen sei und daß er durch sein ganz ungenügend nachgekommen sein und seinen Widerspruch geduldet, ganzes hüpfes, ausschweifendes Wesen, das keinen Widerspruch geduldet, seine Leute schon und ängstlich gemacht habe, so daß sie sich gegen ihn hätten, ihm Mittheilungen über nöthige

Reparaturen im Schachte zu lassen.“ — Was ist denn das, da höre ja doch jede „Objektivität“ auf! Wenn das wahr ist, so ist ja Wengler schuldig, schuldig in erschwerendem Grade!

O, nein, ein „objektiver“ Staatsanwalt findet auch für so offenbare Pflichtverletzungen seine „mildernden Umstände“. Es heißt nämlich weiter: „Der Staatsanwalt gab schließlich dem Gerichtshof im Falle (!) der Beurtheilung Wengler's als mildernde Gesichtspunkte anheim, daß er erheute eine qualvolle Zeit durchgemacht, seitdem das Unglück (!) passirt sei, daß er sich in den letzten Jahren dem Grubenunfall gegenüber in einer schwierigen Lage befunden, denn dieser habe Ausbeute haben wollen, Wengler habe sie aber nicht geben können wegen der Silberpreise, die in hohem Grade zurückgegangen waren und daß Wengler endlich, wenn er verurtheilt werde, auch auf dem Zivilwege für den entstandenen Schaden werde belangt werden können.“

Das sind doch gewiß Gründe, den armen Wengler freizusprechen. Die Todten bleiben ja doch todt, und schließlich waren es ja eigentlich nur Profetarier! Ja, wenn Wengler in Verweisung einen Heuschäber angezündet hätte, das wäre ganz etwas Anderes. Vier Jahre in's Zuchthaus mit ihm! Aber ein „Unglück“ durch grobe Pflichtverletzung verschuldet zu haben, dafür genügt doch eigentlich die qualvolle Zeit, die Wengler seither durchgemacht, vollkommen als Löwe, denn wenn Sie ihn verurtheilen, meine Herren, dann kann der arme Wengler auch noch zivilrechtlich haftbar gemacht werden, und das wollen Sie doch gewiß nicht!

Solchen Argumenten wird der Gerichtshof hoffentlich sein Ohr nicht verschlossen haben (das Urtheil ist uns bis zur Stunde noch nicht bekannt). Erfreulich bleibt es jedenfalls, wie „objektiv“ die Staatsanwälte sein können, wenn es sich um ein Mitglied der „besseren Stände“ handelt. Es ist eine herrliche Gesellschaft, in der wir leben!

— In dem „Vorfall“ in Konstanz ist ferner nachzutragen: „Irrethümlich“ ins Zuchthaus gesetzt und irrethümlich erschossen zu werden, gehört zu dem Reichsregiment neuesten Datums. Kurz nach Erschießung des angeblichen Festungsstrahlings Kieg, kurz vor dem Gerichte, der Erschossene sei gar nicht der eigentlich verfolgte Kieg! In der That war dieses Gerücht nicht unbegründet; denn nach dem ausgegebenen Signalement sollte derselbe hellblondes Haar haben, während der Erschossene dunkles hatte, ferner differirte die Körpergröße, welche im Signalement angegeben war, um drei Centimeter mit der des Erschossenen! Von ihm aus wurde als sicheres Kennzeichen eine am Arme sich befindende Tätowirung telegraphisch gemeldet, „was jeden Zweifel aufhob“, wie die „Konstanzer Zeitung“ bemerkte. Wenn man aber bedenkt, daß diese Tätowirungen bei der Armee sehr häufig vorkommen, ja daß sogar, wie Schreiber Dieses aus Erfahrung weiß, ein förmlicher Kultus damit getrieben wird, so ist hier die Möglichkeit, daß man einen Unschuldigen erschossen hat, durchaus nicht ausgeschlossen.

Freilich, es wäre nicht der Erste in Deutschland!

— Ein Pfaffenstückchen. Unter den, Ende 1880 in der „Hochverrath“ Angelegenheit Verhafteten befand sich auch der Kaufmann Meykows in Berlin. Irgend ein Beweismittel gegen ihn war nicht vorhanden, und er hätte, wie die Mehrzahl der mit ihm zugleich Verhafteten, schließlich aus der Haft entlassen werden müssen, wenn nicht — ja wenn nicht Gottes wunderbarer Fügung selbst dafür gesorgt hätte, daß die schwere Schuld Meykows schon auf Erden gesühnt werde. Erzog im religiösen Aberglauben und beunruhigt über das Schicksal ihres Sohnes ließ sie sich den Gefängnisgeistlichen kommen. Was der Gottesmann ihr Alles vorgebetet, wissen wir nicht, kaum war er aber nach der Stadtvogtei zurückgekehrt, als er den „verlorenen Sohn“ in der Zelle aufsuchte und ihm den „letzten Wunsch der sterbenden Mutter“ mittheilte, er solle ihm — dem Geistlichen — wenigstens sein Herz erleichtern und ihm Alles mittheilen, was er verbrochen, er, der Pfaffe, werde dann die Mutter davon unterrichten, denn daß ihr Sohn Verbotenes gethan, das wisse sie leider. Natürlich weigerte sich Meykows; der Pfaffe wußte ihn aber solange zu zurecht, ihm so rühmlich vorzumalen, welche Veruhigung es der tranken Frau gewähren würde, ein Gefändniß ihres Sohnes in Händen zu haben, daß Meykows sich schließlich erweichen ließ und auf einem Zettel der Mutter schrieb, er habe weiter nichts gethan, als einige ihm überhandte Flugblätter an Soldaten geschickt.

Mit diesem Zettel in der Tasche ging der fromme Mann von dannen; schwer bedrückt es ihn, der Wittwist einer solchen Frevelthat zu sein, indeß er hatte sein Wort gegeben, nichts zu verrathen, und Priester halten stets ihr Wort. Aber „Gottes Wege sind oft wunderbar“ — noch wanderte der Priester sinnend den Korridor entlang, da stieg leise, ganz leise der Engel Gottes vom Himmel herab, nahm mit unsichtbarer Hand den Zettel aus des Gottergehenen Tasche und warf ihn auf den Boden. Dort wurde er — der Zettel, nicht der Priester — von einem Aufseher gefunden und dem Untersuchungsrichter übergeben. Nicht länger vermochte jetzt Meykows zu leugnen, man behält ihn in Haft, bis er vom frommen Reichsgerichte zu der in seinem Falle höchstzulässigen Strafe von zwei Jahren Gefängniß ohne die geringste Anrechnung der eismonatlichen Untersuchungshaft verdonnert wurde.

Nicht wahr, ein hübsches Pfaffenstückchen, dieses „Wunder“ des 19. Jahrhunderts?

— Stieber, unser Stieber, die Seele des preussischen Regierungssystems, der noch als alter gelähmter Mann, wie sich im Leipziger Hochverrathprozess gezeigt hat, das Rausen nicht lassen konnte, der privilegierte Staats- und Gesellschaftsrichter Stieber ist gestorben. Sein Tod ist für das neue preussisch-deutsche Reich ein großer Verlust. In Scham- und Gewissenlosigkeit gibt ihm zwar das Heer seiner Nachfolger nichts nach, aber so plump, so tölpelhaft, wie die heutigen Ober- und Unterpöbel, war das Original denn doch nicht. In ihm stand ein vollendetes Schick, seine Nachfolger sind nur Dumm.

Wenigstens ist es aber doch, wech' hohes Alter in Deutschland Dümpe wie Schafte erreichen. Sie sterben alle im Bett.

— Kadai und Konsorten brüsten sich ungemein damit, daß es ihnen Dank der Wachsamkeit ihrer Subjekte gelungen ist, zwei größere für Berlin bestimmte Sendungen des „Sozialdemokrat“ abzufangen. Um diese großartige Leistung des organisirten Spießbüchens von Berlin in ihrer vollen Bedeutung zu würdigen, haben wir hervor, daß seit Besetzen des „Sozialdemokrat“, d. h. seit mehr als zwei Jahren dies der erste Fang ist, der, abgesehen von einigen Knochen, die man den Spärhunden hin und wieder zur Abkennung hingeworfen hat, ihnen in die gierigen Taugen gefallen ist — von „abfangen“ ist nämlich gar nicht die Rede.

— In unsere Arme, wadere Freundin! Wir erinnern daran, daß es deutsche Professoren waren, welche Deutschland im Jahre 1848 in Frankfurter Parlament um seine schärfsten Hoffnungen brachte.“ — Schreibt die „Nord. Allgemeine“ in ihrer Sonnabend-Nummer. Das ist uns aus der Seele gesprochen! Die Professoren waren es bekanntlich, welche die Errichtung der deutschen Republik hintertrieben haben mit ihrer — wie die „Norddeutsche“ wiederum sehr treffend sagt — theoretischen Professoren-Rechtsherei.

— „Von sehr zweifelhafter Farbe“ ist nach der „Berliner Volkszeitung“ das Wasser gewesen, welches jüngst im Reichstage dem dänischen Reichsminister präsentirt wurde. „Auch der Laie erkennt auf den ersten Blick die Gefahr, welche mit dem Genuß derartigen Flüssigkeiten verknüpft ist, zumal bei dem starken Bedarf des Fürsten.“ Die Angriffe, welche der reichskanzlerische Antifortschritt gegen die sächsischen Behörden in Berlin erhebt, scheinen daher

doch nicht ganz unbegründet zu sein, wenigstens was die — Wasserleitung anbetrifft.

Er muß ihnen doch sehr wehe gethan haben, den guten Fortschrittler, mit seiner Zerstörung der konstitutionellen Legende, sonst würden sie nicht so böse werden!

— Aus Dresden, 27. Januar, schreibt man uns: Die Schandthaten der sächsischen Justiz fanden endlich einmal an „maßgebender Stelle“, im sächsischen Landtage, ihre entsprechende Rüge. Genosse Bebel ergreift bei Berathung des Justizetats das Wort und wies nach, daß die sächsische Regierung (seit Anfang 1880) allein in Dresden nicht weniger als 90 ihrer politischen Gegner verhaften ließ. Davon wurden 23 in der bekannten hier üblichen Weise verurtheilt, die übrigen konnten selbst bei der hierigen leichtfertigen Auslegung von Gesetzen und Ausnahmefällen nicht bestraft werden, ihre Verhaftung erwies sich als durchaus grundlos. Diese 67 grundlosen Verhaftungen von Gegnern der Regierung beweist, daß wir uns in Zuchthäusern befinden, die selbst hinter russischer Rechtspflege nicht zurückbleiben. Selbst den sonst so indolenten Kammermitgliedern standen gleichsam die Haare zu Berge, als Bebel einzelne Proben der unerhörtesten Brutalitäten und Gewaltthaten der Justiz vorführte. Bebel erzählte, wie der Abgeordnete Kaiser nebst 12 Freunden in einer Deliktessenhandlung verhaftet und wegen Hochverrath denunziert wurde, wiewohl ihm weiter nichts untergeschoben war, als daß er das Geschäft eines verhafteten Genossen mit seinen Freunden frequentirt und daselbst Fische gegessen hatte. Weiter führte Bebel den Fall Tröger an: Nachdem das Reichsgericht längst entschieden, daß Weitergabe einer einzelnen verbotenen Zeitungsnnummer nicht strafbar ist, wurde der Schlosser Tröger nicht nur wegen eines solchen Falles angeklagt, sondern von Arbeit und Familie weg verhaftet und vier Wochen eingesperrt unter dem Vorbehalt, es sei Untersuchungshaft nöthig. Dabei lag der Fall so einfach, daß es gar nichts zu untersuchen gab! Nachdem diese Untersuchungshaft vier Wochen gedauert hatte, erfolgte erst die Verhandlung und selbstverständlich Freisprechung. Dann hielt Bebel der sächsischen Volksvertretung den tragischen Fall Lange vor. Nach der Verhaftung des Fischhändlers Paschky wegen Antilebens der Wokate: „An das deutsche Volk“ trat, um das Geschäft zu erhalten, der Maschinenbauer Lange als Kompagnon in die Firma Paschky ein und die Polizei, welche Andern immer Schlechtes zutraut, glaubte, dieser Eintritt erfolge zum Zweck der Hinterziehung der Gerichtskosten. Obgleich dieser Vorbehalt an sich sehr unbegründet war und das gewitterte Vergehen ebenfalls nur ein geringfügiges ist, wurde Lange verhaftet und vier Monate in „Untersuchungshaft“ gehalten. Sodann erfolgte seine Freisprechung und Entlassung. Die Nerven des unglücklichen Opfers hatten aber im Gefängnis und unter dem Einfluß der vom Zaune gebrochenen, unendlich in die Länge gezogenen „Untersuchung“ so sehr gelitten, daß Lange in Verfolgungswahn verfiel und bald nach seiner Entlassung durch einen Sprung in die Elbe seinen Tod fand. Endlich führte Bebel an, daß ein Dresdener Kaufmann wenige Tage vor der Freiburger Stichwahl, bei welcher er den Wahlkampf für Kaiser leitete, auf anonyme, grundlose Denunziation hin verhaftet wurde, und der Staatsanwalt ihm selbst sagte: Wären Sie nicht Sozialist, so würden Sie nicht verhaftet worden sein. Nach der Wahl wurde der Betreffende auch wirklich wieder freigelassen. Neben dieser gewaltthätigen Justiz rügte Bebel auch die rohe Behandlung, welche man politischen Gefangenen hier angedeihen läßt. Gewöhnlich werden sie mit Stricken gebunden über die Straßen geführt, den Sozialisten Paschky belästerte man aber sogar mit Ketten und schleppte ihn so durch die Stadt bei seinem Geschäftskollegen vorüber, so daß seine Frau, welche den Transport sah, ohnmächtig zusammenfiel.

Dem Justizminister waren diese Enthüllungen höchst un bequem, er mochte sich schon der Hoffnung hingeben haben, daß nach der Unterdrückung der sozialistischen Presse in Dresden solche Fälle nicht mehr öffentlich gebrandmarkt werden könnten. Er half sich mit der alten Minieren, deren Ministerbank zur Anklagebank wird, geläufigen Anekdote, er wisse von diesen Fällen nichts und müsse erst recherchiren. Letzteres wird er höchstens thun, um den betreffenden Beamten eine „persönliche Julage“ zu ihrem Gehalte zu bewilligen, denn die Korruption der Richter wird hier von oben herab gefördert. Die Kammerdirektoren sind blinde Werkzeuge des Justizministers, die Landgerichtsrichter als Untersuchungsrichter sind angewiesen, nach politischen Inspirationen und haarsamwaltsichen Spitzfindigkeiten zu handeln, und die untersten Amtsdichter sind noch die selbstständigen Beamten in der Dresdener Justiz.

Küher dem Angeführten geistete Bebel auch die Thatfache, daß mächtige Justizbeamte gleichzeitig Parteigänger sind, und führte das effiziente Beispiel von Mangoldt an, der die mit jesuitischen Verdrehungen und Lügen gespickten Wahlanfrage der Konservativen unterzeichnet und als reaktionärer Wähler schlimmster Sorte demnach den Richterstuhl einnimmt, um über seinen politischen Gegner „Recht“ zu sprechen.

Wenn man in einem Rechtsstaate, in welchem wir so angeblich leben sollen, dem Justizminister in der Kammer solche Dinge über seine Beamten sagte, er würde das ganze Gefindel fortjagen und selbst hinterher gehen. Hier sind wir bereits so tief in die Korruption verfallen, daß ein Kopfschütteln der christlichen Leute und möglichstes Todtschweigen dieser Enthüllungen in der Presse die ganze Folge ist. Aus parlamentarischem Wege kommen wir aus diesem Sumpfe nicht heraus.

— Aus Oesterreich schreibt man uns: Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz laufen spätlich ein, trotz aller offiziellen Verberungen geht aber doch soviel aus ihnen hervor, daß die Zukünftigen die Offensive ergriffen haben und die kaiserlichen Truppen allenthalben zurückdrängen. Ferner steht fest, daß das Kalcal der Regierung in der Kreditvorlage an die Delegationen sich schon während des Druckes derselben als verfehlt herausgestellt hat. Diese Vorlage spricht die Hoffnung aus, daß acht Millionen Gulden zur Deckung der Kosten des Feldzuges genügen werden: kaum ist sie gedruckt, erklärt der Kriegsminister, er müsse viel mehr verlangen.

Er wird auch mit dem Doppelten und Dreifachen nicht auskommen. Schon der Occupationsfeldzug kostete enorme Opfer. Damals hatte es Oesterreich bloß mit den mohamedanischen Bogen zu thun. Außerdem treten damals die Montenegroer die beiden Bezirke Bilek und Gajto freiwillig an die Oesterreicher ab. Diefmal sind diese beiden Bezirke mit in der Empörung begriffen, und diese geht von den Christen aus — ohne die Mohamedaner anzuschließen. So schroff die Gegensätze zwischen beiden in Friedenszeiten sein mögen, dem gemeinsamen Feinde gegenüber sind sie einig.

Vorgüglich bewaffnet, abgehärtet, mit den Bodenerhältnissen wohl vertraut, dabei begünstigt von einem unerschütterlichen Freiheitsdrange, können die mohamedanischen Bewohner der Herzegovina wohl erdrückt, nicht aber besiegt werden. Erriener ist aber nicht leicht möglich, da die Unfruchtbarkeit und Unwegsamkeit des Landes erfordert, daß alle Herrensbedürfnisse, im Sommer selbst Wasser, den Truppenführern auf Tragthieren nachfolgen. An eine Enthaltung großer Massen ist unter solchen Umständen nicht zu denken. Und selbst dann, wenn es den österreichischen Feldherren gelingen sollte, aller dieser Schwierigkeiten Herr zu werden — was zu glauben bei der bekannten Genialität unsere Generale nicht die mindeste Verantwortung vorliegt — ist der Zustand unschöner, so lange ihm die Rückzugslinien Serbien, Albanien und die Gegend von Nitrowitza, namentlich aber Montenegro offen stehen, von wo aus die zurückgebrachten Insurgenten bei günstiger Gelegenheit wieder hervorbrechen können.

\*) Eine detaillierte Statistik der sächsischen Justizfamilien bringen wir in nächster Nummer zum Abdruck.

